WerkstattGeschichte 31, Ergebnisse Verlag, Hamburg 2002, S. 114-115

NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte

Ulrike Winkler (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln (PapyRossa Verlag) 2000, 272 S., € 15,24

Der vorliegende Band bündelt eine Serie von Artikeln zu zwei Themenbereichen. Der erste Teil befasst sich mit der Bedeutung der NS-Zwangsarbeit für Industrie und Gesellschaft in Deutschland, der zweite mit der Entschädigungsdebatte in der heutigen Bundesrepublik.

Die Beiträge von D. Eichholtz, M. Weißbecker und D.G. Maier beschäftigen sich mit der Frage, aus welchen Gründen und auf welche Weise der Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges organisiert wurde. Von Anfang an waren die Arbeitsämter als zuständige staatliche Behörden in die Anwerbung und Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte eingebunden. Schickte man die nicht mehr arbeitsfähigen Menschen anfangs noch nach Hause, so wurden sie später in sogenannten Krankensammellagern interniert und dort mehr oder weniger ihrem Schicksal überlassen. Für die deutschen Arbeitgeber zählte nur die Arbeitsfähigkeit. Der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen, die durch das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt kontrolliert wurde, widmet sich der Artikel von J. E. Schulte.

Besonderes Interesse verdient der Beitrag der Herausgeberin zur Zwangsarbeit in Privathaushalten – ein Thema das lange vernachlässigt wurde und erst seit einigen Jahren Gegenstand der Forschung ist. Waren die Häftlinge und die in Lagern lebenden sowjetischen Arbeitskräfte vom Großteil der Bevölkerung isoliert, so ergaben sich für die in der Landwirtschaft und in Privathaushalten tätigen Menschen alltägliche Kontakte zur deutschen Zivilbevölkerung. Gerade in

diesen Bereichen ließen sich die nationalsozialistischen Vorschriften nur teilweise oder gar nicht umsetzen.

Der zweite Teil des Sammelbandes widmet sich der Entschädigungsdebatte. T. Kuczynski diskutiert in seinem Artikel die Relation zwischen der inzwischen festgelegten Entschädigungssumme von 10 Milliarden DM und dem tatsächlichen Nutzen, den die deutsche Industrie und Gesellschaft aus dem Einsatz von Millionen von Zwangsarbeitern gezogen haben. Dass die Überlebenden überhaupt eine Entschädigung erhalten, ist der veränderten innen- und außenpolitischen Situation nach 1989 zu verdanken. R. Surmann zeigt in seinem Artikel, wie selektiv die deutsche Gesellschaft mit den Opfern der NS-Diktatur bis vor kurzem umging und dass sie sich nur aus politischen Rücksichtnahmen dazu durchrang, einen Teil der Opfer zu entschädigen. Bis 1989 blieben die in Osteuropa lebenden Zwangsarbeiter ausgeschlossen. Andere Gruppen werden in der öffentlichen Diskussion auch noch heute ausgeblendet, wie der Umgang mit den Wehrmachtsdeserteuren zeigt. Erst wenn sich maßgebliche Teile der Gesellschaft das Anliegen einer Gruppe von Betroffenen zu eigen macht, besteht offenbar die Chance, dass ihre Ansprüche auch berücksichtigt werden.

Die öffentliche Debatte zur Zwangsarbeit wurde in letzter Zeit durch Ausstellungs- und Forschungsprojekte begleitet, die sich auf die »Geschichte vor Ort« konzentrieren und deutlich machen, wie eng verwoben Zwangsarbeit, deutsche Kriegswirtschaft und die gesellschaftliche Entwicklung im Krieg insgesamt waren. Der Sammelband bietet eine gelungene erste Orientierung und regt zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema an.

Kathrin Külow
(Berlin)